



Energiepolitik

## **Aiwanger: "Unternehmen und Verbraucher sollten prüfen, wie sie den Gasverbrauch reduzieren können. Die Lage ist ernst und angespannt"**

02. Juli 2022

MÜNCHEN Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger hat die bayerische Wirtschaft angesichts der Gasmangellage ersucht, sämtliche Einsparmöglichkeiten sowie eine Betriebsumstellung auf Alternativen zum Gas zu prüfen. Aiwanger: "Die Gasversorgung ist in Deutschland derzeit noch stabil und die Versorgungssicherheit aktuell gewährleistet. Die Lage ist aber ernst und angespannt, eine Verschlechterung der Situation kann nicht ausgeschlossen werden und ist im weiteren Verlauf des Ukrainekriegs sogar zu befürchten. Daher gilt es nun, sich vorausschauend auf den kommenden Winter und danach vorzubereiten, wenn die Gasspeicher möglicherweise aufgebraucht sind. Die Befüllung der Gasspeicher hat hier oberste Priorität."

In seinem Schreiben ersuchte der Staatsminister die bayerischen Unternehmen, Vorsorge für eine mögliche Gasmangellage zu treffen und alles zu tun, um sich auf ein solches Szenario vorzubereiten. Aiwanger: "Mit der Ausrufung der Alarmstufe geht das klare Signal an alle Verbraucher und somit auch an die Unternehmen, den Gasverbrauch aus Vorsorgegründen weiter zu reduzieren. Es muss uns allen bewusst sein, dass Einsparungen beim Gasverbrauch bei vielen Unternehmen, beispielsweise in der Glas- oder chemischen Industrie, nicht oder nur sehr begrenzt möglich sind. Umso wichtiger ist es, dass alle Unternehmen ihr Möglichstes tun, um Gas zu sparen und dadurch eventuell auch anderen Unternehmen helfen, ihren Geschäftsbetrieb über den Winter aufrecht zu erhalten. Ich appelliere hier an die Solidarität unserer Unternehmen, auf die auch in der Vergangenheit stets Verlass war."

In dem Aiwanger-Schreiben heißt es weiter: "Brennstoffwechsel, der zum Beispiel auch eine Wiedernutzbarmachung von Lager- oder Abfüllanlagen für Heizöl oder Flüssiggas einschließt, ist eine Möglichkeit. Ich appelliere daher an die Industrie, Fuel-Switch-Möglichkeiten zu prüfen. Möglichkeiten sehe ich etwa beim

Brennstoffwechsel bei niedertemperierter Prozesswärme, aber auch bei der Raumwärme, indem Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage optimiert werden, sowie der Warmwasserbereitstellung. Wir müssen, wo irgendwie möglich, Abwärme nutzen und brauchen energieeffiziente Geräte sowie eine moderne Steuerung des Energieverbrauchs."

Gleichzeitig sei klar, dass der Bund vor allem für Anlagen mit besonders hohem Erdgaseinsparpotenzial den Weg für rasche und unbürokratische umwelt- und genehmigungsrechtliche Regelungen schaffen muss, um einen Fuel-Switch rechtssicher zu ermöglichen. Aiwanger: "Gemeinsam mit Staatsminister Thorsten Glauber habe ich bereits mehrfach gegenüber dem Bund gefordert, dass dieser die Voraussetzungen beim Immissionsschutzrecht sicherstellen muss. Ich hoffe hier auf baldige Klarstellung im Sinne der Wirtschaft durch den Bund."

Ansprechpartner:  
Jürgen Marks  
Leiter Pressereferat

Pressemitteilung-Nr. 329/22